

POSTULAT von Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen) und Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon)

Betreffend Ausbildungspflicht bis zum 18. Altersjahr

Der Regierungsrat wird eingeladen aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen (inklusive Massnahmenplan mit konkreten Umsetzungsvorschlägen) er eine Einführung der Ausbildungspflicht bis zum 18. Altersjahr im Kanton Zürich umsetzen könnte. Zum einen sollen alle Jugendlichen erfasst werden, die während des Ausbildungsprozesses ausscheiden und zum anderen soll aufgezeigt werden, wie eine Unterstützung/Begleitung aussehen könnte, damit auch diese Jugendlichen sicher bis zum 18. Altersjahr an einer Ausbildung teilnehmen können.

Begründung:

Der Bildungsbericht 2023 stellt fest, dass die Ausbildungsquote in der ganzen Schweiz nur leicht über 90% aufweist.¹ Dies zeigt, dass in den letzten Jahren keine merklichen Fortschritte mehr erzielt und dass das von der EDK und dem Bund 2006 gesetzte Ziel von 95% nicht erreicht ist. Der Kanton Zürich lag 2023 bei 90%.

Gemäss dem Bundesamt für Statistik² wurden 2023 24% der Lehrverträge aufgelöst, das betrifft jede 4. Person in einer Grundbildung. Heruntergebrochen auf den Kanton Zürich wären das ca. 2800 Personen. Die Wiedereinstiegsquote liegt bei 79%, das heisst, 21% der Jugendlichen mit einem aufgelösten Lehrvertrag kommen nicht in die Berufsbildung zurück (somit also jährlich ca. 550 Personen im Kanton Zürich). Hinzu kommen noch jährlich ca. 500 Jugendliche, welche in die nachobligatorische Bildungsphase eintreten und keine Anschlusslösung haben.

Damit beträgt die Zahl jedes Jahr ca. 1000 Personen an unter 18-jährigen, die unterschiedlich lang arbeitslos, anschlusslos und somit auch teilweise strukturlos sind.

Die Ausbildungspflicht ist eine Art Sicherheitsnetz. Wenn die betroffenen Jugendlichen zentral erfasst sind, kann der Kanton die entsprechenden Massnahmen ergreifen.

Der Kanton Tessin hat seit 2021 und Genf seit 2018 eine solche Ausbildungspflicht bis zum 18. Altersjahr eingeführt. Auf nationaler Ebene wurde ein solcher Vorstoss abgelehnt, mit der Begründung, dass die Kantone in der Verantwortung seien.

Sibylle Jüttner
Hanspeter Hugentobler

¹ <https://www.skbf-csre.ch/bildungsbericht/bildungsbericht/>

² <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/sekundarstufe-ii/berufliche-grundbildung-lehrverhaeltnisse.assetdetail.29365500.html>